

BARTOL *kompakt*

www.bartol.de

Ausgabe 11 - Juli 2020

+++ Vorwort +++ Konjunkturmaßnahmen +++ Büegersprechstunden in der Corona-Zeit +++ Letzte Berlinfahrt vor Corona +++ Erlebnisbericht von PPPLer Jakob Schul +++ Förderung Kirchhainer Freibad +++ Förderung Luth. Pfarrkirche Marburg & Orgel Stausebach +++ Islamkonferenz der SPD-Fraktion +++ Frauenempfang der SPD-Fraktion +++ Besuch bei der Bundeswehr +++ Gespräche am UKGM +++ Der Anschlag von Hanau +++ Mit Rainer Spiering bei den heimischen Landwirt*innen +++ Coronamaßnahmen +++ Bartol unterwegs +++ Kalenderauszug +++

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

wer hätte vor vier Monaten an ein solches Szenario gedacht, wie wir es in den letzten Wochen durchleben mussten. Ein Thema bestimmte rund um die Uhr die Schlagzeilen in allen Nachrichten - die Corona-Krise. Eine Pandemie, wie wir sie so noch nie erlebt haben und die uns allen viel abverlangt hat und auch in der Zukunft noch einiges abverlangen wird, vorallem an Disziplin. Die Kanzlerin sprach zu Recht von der größten Herausforderung für unser Land seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr ist noch lange nicht gebannt. Über 9000 Tote hat die Pandemie bisher in unserem Land gefordert. Damit sind wir im Vergleich zu anderen Ländern gut dran, aber 9000 Tode bedeuten 9000 Schicksale und betroffene Familien, Partner*innen und Kinder. Und auch jene, welche die Krankheit nun überstanden haben, wissen noch nicht, ob sie wieder gänzlich genesen oder welche Spätfolgen vielleicht noch auf sie zukommen. Das Virus ist noch nicht in Gänze erforscht. Deshalb will ich nochmals an alle appellieren, auch in der Zukunft vorsichtig zu sein. Erst wenn ein wirksamer Impfstoff zur Verfügung steht, werden wir wieder zu unseren normalen Verhaltensweisen zurückkehren können und auch zu der Nähe zu anderen, welche wir derzeit alle sehr vermissen. Verspielen wir nicht die Erfolge, welche wir in den letzten Monaten alle gemeinsam bei der Eindämmung der Pandemie in Deutschland erreicht haben. Eine zweite Welle könnte dies alles zu Nichte machen und auch den Staat ans Ende seiner Möglichkeiten bringen, die sozialen

und wirtschaftlichen Folgen weiter abzufedern. Dies haben wir als Politik in den letzten Wochen mit voller Kraft versucht und ich denke Vieles ist auch gelungen, wenn gleich in einer solchen Krise sicher auch Fehler passieren. Es gibt eben keine Blaupause für solch einen Fall. Ich jedenfalls bin froh, dass die SPD jetzt in der Regierung mitentscheidet und dafür gesorgt hat, dass gerade soziale Härten abgefedert werden konnten: Wir haben das Kurzarbeitergeld erhöht und ausgeweitet, Soforthilfen zur Verfügung gestellt und den Zugang zur Grundsicherung vereinfacht. Auch Familien haben wir nicht alleine gelassen. Als Vater weiß ich natürlich, wie schwer die letzte Zeit mit geschlossenen Kitas und Schulen gerade für Eltern war. Ihnen gebührt an dieser Stelle ein ganz großes Dankeschön ebenso wie allen, die unser Land in der Krise am Laufen gehalten haben. Danke an die Beschäftigten im Gesundheitssystem, im Handel und den Verkehrsbetrieben - ohne sie wäre unser Land sicher im Chaos versunken. Deshalb unterstütze ich ganz klar die Forderungen nach besseren Löhnen und Gehältern in diesen Bereichen. Systemrelevanz muss sich auch dort widerspiegeln. Mit einem großen Konjunkturpaket, welches wir gerade im Bundestag beschlossen haben, werden wir nun unsere Wirtschaft stützen und somit Arbeitsplätze sichern. Damit ermöglichen wir der Jugend eine Ausbildung anzutreten, denn der Fachkräftemangel wird auch nach Corona ein Thema bleiben. Und wenn wir dieser Krise etwas Positives abgewinnen



wollen, dann ist es wohl die Digitalisierung. Diese hat nun einen enormen Schritt nach vorne gemacht. Den Schwung müssen wir nun nutzen, nicht nur, aber auch besonders an den Schulen.

Abschließend freue ich mich mitteilen zu können, dass mich mein SPD-Ortsverein Marburg-Mitte auf einer Outdoor-Mitgliederversammlung Ende Juni erneut zum Bundestagskandidaten nominiert hat. Vielen Dank für das Vertrauen. Ich habe noch einiges in Berlin vor und bin glücklich meine Partei zu Hause an meiner Seite zu wissen. Trotz Corona oder besser: besonders in den ersten zwei Monaten dieses Jahres gab es aber noch einige interessante Veranstaltungen, von denen ich auf den folgenden Seiten berichten werde. Viel Spaß beim Lesen.

Ihr / Euer

Sören Bartol

So machen wir die Wirtschaft wieder flott

Wie kommt die Wirtschaft aus dem Corona-Loch? Zusammen mit meinen Fraktionskollegen Matthias Miersch und Achim Post habe ich mich aktiv in die Debatte um notwendige Maßnahmen eingebracht. Vieles davon lässt sich nun in den von Regierung und Parlament verabschiedeten Instrumenten zur Bekämpfung der Krise wiederfinden. Dinge in denen wir uns nicht durchsetzen konnten, bleiben wichtig für den anstehenden Bundestagswahlkampf im nächsten Jahr.

Hier unser Statement aus dem Mai:

„Corona hat Deutschland noch immer fest im Griff, doch täglich mehrten sich Stimmen, die eine kontrollierte Wiederaufnahme des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens fordern und bereits konkrete Maßnahmen für Konjunkturimpulse nach der Krise vorschlagen. Aktuell wissen wir allerdings nicht einmal, wie lange der infektiologische Notstand noch anhalten wird, in welcher Verfassung Staat, Gesellschaft und Wirtschaft aus der Krise herauskommen und welche Mittel uns dann noch zur Verfügung stehen, um die Folgen zu bewältigen. Über die Frage, welche Konjunkturmaßnahmen sinnvoll sind, streiten Lobbyisten und Verbände mit zunehmender Härte. Sie überbieten sich dabei mit einer Vielzahl von Vorschlägen, die aus der jeweiligen Interessenlogik plausibel und berechtigt sind. Eine Gemeinwohlorientierung, die das Land als Ganzes in den Blick nimmt, liefern sie jedoch nicht. Diese im Blick zu behalten, ist Aufgabe der Politik und des Parlaments. Der Staat allein wird eine nachhaltige konjunkturelle Erholung jedoch nicht stemmen können. Er kann aber gezielt die richtigen Impulse setzen, um private Investitionen anzureizen und notwendige Innovationen zu ermöglichen. Staat und Wirtschaft brauchen einander wie selten zuvor.

Mit diesem Beitrag wollen wir Leitplanken setzen, aus denen sich konkrete Maßnahmen ableiten lassen, um ökonomisch wieder auf die Beine und klimapolitisch voran zu kommen. Dabei ist das Timing entscheidend. Alles, was wir für die

Konjunktur tun, muss zielgenau und parallel mit den Lockerungen des Lockdowns erfolgen, um Wirksamkeit zu entfalten. Bei allem, was wir tun, müssen wir uns an den globalen Leitmärkten der Zukunft orientieren, auf denen deutsche Unternehmen auch in zehn Jahren wettbewerbsfähig sein müssen.

Der Klimawandel ist nicht nur eine Bedrohung, sondern dessen Bewältigung eines der wichtigsten Wettbewerbsfelder für deutsche Unternehmen. Deutschland und Europa haben die Chance, in den kommenden Jahren die Technologien für klimaneutrales Wirtschaften zu liefern. Dazu dürfen wir die bereits begonnene Transformation unserer Wirtschaft durch ein Abrücken von Klimazielen jedoch nicht abbremsen. Das gilt insbesondere für die Automobilindustrie. Eine Abwrackprämie, die Technologien aus dem letzten Jahrhundert fördert, löst keine Probleme von Morgen. Viel wichtiger ist, einen Absatzschub für klimafreundliche Fahrzeuge zu setzen, zum Beispiel über ein breites Flottenaustauschprogramm für Handwerker, soziale Dienste und kommunale Fuhrparks. Außerdem brauchen wir Erleichterungen und Investitionen beim Ausbau der Ladeinfrastrukturen, sowohl im privaten als auch im gewerblichen und im öffentlichen Sektor.

Auf den Innovationsfeldern der Zukunft werden die Grenzen zwischen industrieller Produktion und Dienstleistungen zunehmend durchlässiger, die Unternehmenswelten komplexer. Mit einem Konjunkturimpuls, der dieser Entwicklung Rechnung trägt, wollen wir unsere Wirtschaft widerstandsfähiger machen und besser gegen Krisen wappnen. Dazu muss die dezentrale, Innovationskraft kleinerer und mittlerer Unternehmen gestärkt werden. Wir müssen vermeiden, dass nach der Krise eine Oligopol-Struktur weniger großer, staatsgestützter Unternehmen übrigbleibt.

Dekarbonisierung und Digitalisierung müssen bei einem Konjunkturprogramm einen besonderen Stellenwert bekommen. Nur wenn wir uns auf diese Zukunftsfelder konzentrieren, sind die Innovationsziele

angesichts begrenzter Mittel erreichbar. Bis spätestens 2050 wollen wir klimaneutral wirtschaften und leben. Dafür müssen wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich forcieren. Zuvorderst müssen wir die aktuellen Ausbau-Hemmnisse wie den Solardeckel beseitigen. Wir sind überzeugt, dass Erneuerbare Energie auch zukünftig breit zugänglich und bezahlbar sein müssen, sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für die Unternehmen. Wasserstoff hat in allen Sektoren eine stark steigende Bedeutung. Die für eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft erforderlichen Technologien sind ein zentrales Kompetenzfeld deutscher Unternehmen. Wasserstoff leistet nicht nur einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele, sondern auch zur Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir setzen daher auf einen schnellen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und konkrete Markteinführungen in zentralen Anwendungsfeldern. Teil eines Konjunkturprogramms muss daher sein, die Produktion von grünem Wasserstoff in Deutschland massiv auszuweiten auf eine Leistung von mindestens zehn Gigawatt und den Betrieb vor allem in der Chemie- und Stahlindustrie sowie im Verkehrsbereich zu fördern.

Auch im Bereich der Digitalisierung stehen wir vor einer sprunghaften Entwicklung. Nur mit einer mutigen Investitions- und Innovationsoffensive kann Europa seine Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit im Digitalbereich sichern. Ohne eigenes Know-how in den Schlüsseltechnologien der Zukunft verliert Deutschland auch in seinen industriellen Kernkompetenzfeldern und im qualifizierten Dienstleistungssektor absehbar seine Spitzenpositionen.

Ein Konjunkturimpuls muss Unterstützung im Bereich Künstlicher Intelligenz und Mobilfunk deutlich erhöhen. Außerdem müssen wir verstärkt in aufstrebende Unternehmen investieren: Dazu schlagen wir einen Innovationsfonds für die Startup-Szene in Deutschland vor, der Digitalisierung und Klimaschutz verbindet.

Für eine Erholung und den Aufbau neuer Stärke braucht es einen starken Fokus auf Europa. Wir wollen die deutsche EU-Präsidentschaft nutzen, um ein nachhaltiges und solidarisches europäisches Wiederaufbauprogramm voranzubringen, bei dem Deutschland einen starken finanziellen Beitrag leistet. In Deutschland erleben wir keinen echten Wiederaufschwung, solange unsere europäischen Partner nicht ebenfalls wirtschaftlich wieder auf die Beine kommen. Gerade unsere exportorientierte vernetzte Volkswirtschaft ist auf die europäischen Absatzmärkte und intakte Lieferketten im europäischen Binnenmarkt elementar angewiesen. Um eine wuchtige Wirkung zu entfalten, muss sich das europäische Wiederaufbauprogramm auch auf gemeinsame europäische Anleihen stützen, die nicht nur für Kredite, sondern zu einem erheblichen Teil auch für echte Investitionszuschüsse genutzt werden sollten. Wichtig ist, dass die Europäische Union insge-

samt profitiert und so enger zusammenwächst.

Unsere Kommunen haben während der Bekämpfung der Pandemie Großartiges geleistet. Auch beim Wiederaufleben der Wirtschaft tragen sie eine Schlüsselrolle. Kommunen und ihre Unternehmen sichern die Daseinsvorsorge und garantieren die Umsetzung zahlreicher Investitionsprogramme, die der Konjunkturbelebung dienen. Angesichts wegbrechender Einnahmen müssen wir die Funktionsfähigkeit des Staates gerade auch in den Städten, Landkreisen und Dörfern im Blick behalten. Dafür ist es dringend erforderlich, einen kommunalen Schutzschirm aufzuspannen, der den Kommunen bei der Krisenbewältigung finanziell hilft, ebenso wie zügig eine faire Altschuldenregelung zu vereinbaren. Zu beidem bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung der Länder und des Bundes. Wir müssen gerade auch die strukturschwächsten Kommunen wieder in die Lage versetzen,

in die Zukunft zu investieren und den ökologischen Stadtumbau einschließlich der Modernisierung von Bus und Bahn massiv voran zu treiben. Die bereits beschlossene „Nationale Investitionsallianz“ von Bund, Ländern und Kommunen muss nun umso dringender vorangetrieben werden.

Ein erfolgreiches Konjunktur- und Transformationsprogramm der Zukunft verbindet Arbeit, Wirtschaft, Klimaschutz und Innovation. Alles, was wir jetzt entscheiden, muss zugleich einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit leisten. Daher ist eine gerechte Lastenteilung wichtig, ein besonderer Fokus auf Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen und deren Stabilisierung über faire Löhne. Pauschale Unternehmenssteuersenkungen ohne plausiblen Lenkungseffekt und die Absenkung vereinbarter und beschlossener Standards insbesondere im Klimabereich lehnen wir ab.“

Die SPD setzt sich erneut durch - Die Grundrente kommt

Bei der Grundrente geht es um die Anerkennung der Lebensleistung für langjährige Versicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung: Wer beim regulären Übergang in die Altersrente mindestens 33 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt oder (sozialversicherungspflichtig) selbstständig tätig war, der soll im Alter eine spürbar höhere Rente erhalten. Arbeit muss sich lohnen, auch bei der Rente. Für viele Menschen, die wenig verdienen haben, die Kinder großgezogen oder Angehörige gepflegt haben, ist das oft aber nicht die Realität: Lagerarbeiter*innen, Kassierer*innen, Küchenhilfen, Friseur*innen, Kellner*innen, Beschäftigte in Call Centern, Rezeptionist*innen, Köch*innen, Zahnarztthelfer*innen, Pflegepersonal, Berufskraftfahrer*innen, Florist*innen und viele andere haben nach einem Leben voller Arbeit eine anständige Rente verdient. Grundlage dafür sind anständige Löhne. Deshalb machen wir uns für gute Löhne und eine breite Tarifbin-

dung stark. Allerdings hilft das nicht denjenigen, die bisher zu geringen Löhnen gearbeitet haben. Für sie brauchen wir eine Lösung. Mit der Grundrente werden rund 1,3 Millionen Menschen mit geringen Rentenbeträgen mehr Rente bekommen. Darunter sind überwiegend Frauen (rund 70 Prozent), die häufig der Familie wegen in Teilzeit oder in weniger gut bezahlten Berufen gearbeitet

haben und häufig weniger verdienen als Männer. Darüber hinaus ist tendenziell von einem höheren Anteil von Bezieher*innen der Grundrente in den neuen Bundesländern auszugehen. Denn die Versicherten im Osten haben oft besonders lange, aber zu niedrigen Löhnen gearbeitet. Endlich wird die Grundrente Realität. Erneut haben wir uns gegen die CDU durchgesetzt! Das ist unser Erfolg!



Sprechstunden in der Corona-Zeit

In regelmäßigen Abständen findet in meinem Wahlkreisbüro in Marburg eine Bürger*innensprechstunde statt. Natürlich konnte diese während der Corona-Krise nicht wie gewohnt ablaufen. Deshalb habe ich über Wochen regelmäßig telefonische Bürger*innensprechstunden angeboten, die auch rege in Anspruch genommen wurden. Zwar telefoniere ich auch so oft mit Bürger*innen über ihre politischen Anliegen, in dieser Form war das für mich aber auch eine neue Erfahrung. Zwar konnte ich so entspannt auf meinem Sofa sitzen und musste lediglich ins kalte Büro gehen, um das Telefon umzustellen, aber der direkte Kontakt zu den Bürger*innen hat mir schon sehr gefehlt. Deshalb habe ich mich umso mehr gefreut, als es dann im Mai und Juni wieder mit meinen "klassischen" Bürger*innensprechstunden losgehen konnte. Natürlich unter Einhaltung der aktuellen Hygiene- und Abstandsregeln, aber immerhin mal wieder persönlich und nicht übers Telefon.



Die letzte Berlin-Fahrt vor den Kontaktbeschränkungen

Kurz vor den Kontaktbeschränkungen wegen der Corona-Krise hatte mich im März noch eine BPA-Gruppe in Berlin besucht. Diesmal waren neben einigen Einzelpersonen vorallem Polizist*innen und Mitglieder der AWO Stadtallendorf dabei. Unter "normalen" Umständen finden diese Reisen dreimal im Jahr statt und bieten die Möglichkeit für Gruppen, Vereine oder auch Einzelpersonen an einer Fahrt des Bundespresseamtes nach Berlin teilzunehmen, ein interessantes Politik- und Kulturangebot zu genießen und mich im Deutschen Bundestag zu besuchen. Ich freue mich immer sehr auf die Besucher*innen aus meinem Wahlkreis in unserer Hauptstadt. Leider war diese erste Fahrt in diesem Jahr auch schon die Letzte. Da die weiteren Fahrten bis einschließlich September bereits wegen Corona abgesagt wurden. In Anbetracht der Corona-Lage überließ man den Teilnehmenden selbst die Entscheidung, ob sie unter den Corona-Umständen mitfahren möchten. Ich denke zu dem Zeitpunkt hatte niemand damit gerechnet, was schon wenige Wochen später Alltag werden würde. Obwohl einige Teilnehmenden absagen mussten und auch nicht das gesamte Programm angeboten werden konnte, war es trotzdem eine spannende Fahrt. Neben der Diskussion mit mir und dem Beiwohnen einer Plenardebatte im Reichstagsgebäude standen ein Besuch in der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, eine Stadtrundfahrt und eine Führung im Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“ auf dem Programm.



Erlebnisbericht Jakob Schul - Mit dem Bundestag in die USA

„Hallo ich bin Jakob, 16 Jahre aus Marburg und verbringe momentan ein Auslandsjahr als Stipendiat des Deutschen Bundestages in den Vereinigten Staaten. Vor fast genau einem Jahr erfuhr ich, dass mich Herr Bartol als Stipendiat ausgewählt hatte... Seitdem ist einiges passiert. Nach wochenlangem sehnächtigen Warten wurde mir Ende Mai 2019 meine neue Heimat mitgeteilt: Columbus, die Hauptstadt von Ohio, war mir vorher völlig unbekannt, zählt aber mit etwa 900 000 Einwohnern zu den 15 größten Städten Amerikas. Ich lebe mit meiner Gastfamilie in einem Vorort etwa 10 Minuten von der Innenstadt entfernt und besuche die örtliche High School. Ich hatte das Glück in einer sehr sportlichen Familie aufgenommen zu werden und auch meine High School hat sehr hohe Ambitionen. Was man in Deutschland nur von Sportinternaten oder dem Nationalkader kennt, ist für mich zum Alltag geworden: Als Teil des Wasserball- und anschließend Schwimmteams trainiere ich seit Anfang August 8-9x pro Woche im Wasser und anschließend noch im Kraftraum. Besonders die Trainingseinheiten vor der Schule machten mir anfangs zu schaffen, da ich es nicht gewohnt war, dreimal wöchentlich um 4:45 Uhr aufzustehen. Durch all das Training wächst man allerdings als Gruppe sehr eng zusammen, wodurch meine Teamkollegen mittlerweile wie eine zweite Familie für mich geworden sind. Als eines der zehn besten Schwimmteams des Landes werden wir in den kommenden Wochen bei den finalen Wettkämpfen gegen andere Schulen antreten und hoffen, dass sich unsere harte Arbeit bezahlt macht. Aber nicht nur sportlich gibt es Unterschiede zu Deutschland. Vor allem in den ersten paar Tagen fiel mir einiges auf: Ich war es immer gewohnt mich mit Fahrrad oder Bus relativ unkompliziert in Marburg zu bewegen, hier allerdings kommt es einem vor als könnte man ohne Auto nicht überleben. An den Anblick von Teenagern, die alleine im Auto zur Schule oder zum Training fahren, musste ich mich also erst einmal gewöhnen.



Mittlerweile finde ich es aber wirklich praktisch, sich von Freunden abholen lassen zu können, etwa um ins Restaurant oder Kino zu gehen. Ich genieße es ebenfalls sehr, mit meiner Gastfamilie verschiedene Dinge zu unternehmen. Unter anderem war ich schon bei diversen Football-Spielen, wie etwa dem College Football-Spiel zwischen Ohio State und Michigan, welches durch jahrelange Rivalität geprägt ist und jedes Jahr zu einem der Highlights der Football Saison zählt. Die Stimmung in einem Stadion mit 110 000 Zuschauern erleben zu dürfen, war definitiv ein unglaubliches Erlebnis. In vier Wochen habe ich dann das Glück mit meiner Gastfamilie eine Woche auf Hawaii zu verbringen, was ich ebenfalls kaum erwarten kann.

Auch wenn „erst“ die Hälfte meines Auslandsjahres vorüber ist, kann ich definitiv sagen, dass ich hier die wohl beste Zeit meines Lebens verbringen darf. Ich bin sehr dankbar für all die Chancen und Erlebnisse, die mir das Stipendium ermöglicht hat und ich kann anderen nur empfehlen, sich in Zukunft auch zu bewerben.“

- Diesen Text schrieb Jakob im Februar, aufgrund der Corona-Pandemie musste er leider ungeplant bereits im März 2020 nach Deutschland zurückkehren. In einem persönlichen Gespräch spürte ich aber seine noch immer anhaltene Begeisterung für das Erlebte. Wer fliegt als Nächstes? Aktuelle Infos finden sich hier: www.bundestag.de/ppp



Förderung für das Kirchhainer Freibad

Ich freue mich immer sehr, wenn Fördermittel aus dem Bund in meinen Wahlkreis fließen. Das ist in diesem Jahr schon mehrmals der Fall gewesen, so auch für das Freibad in Kirchhain. Dort wird mit mit 2.200.000 Euro im Rahmen des Programms zur Sanierung kommunaler Einrichtungen aus den Bereichen Sport, Jugend und Kultur die Sanierung des Freibades gefördert, was auch dringend notwendig ist. Das Projekt, welches von der Stadt Kirchhain eingereicht wurde, hat in seiner Qualität in Berlin überzeugt. Ich bin glücklich, dass die engagierte Arbeit von Bürgermeister Olaf Hausmann und der Kirchhainer Bäderkommission anerkannt und nun auch kräftig belohnt wird. Das ist eine enorme Bereicherung für Kirchhain und den Landkreis.

Um die Sanierung des Freibades auf breite Füße zu stellen, wurde im Jahr 2014 die Bäderkommission eingerichtet, in der Vertreter*innen aller politischen Parteien und der Verwaltung vertreten waren. Grundlage der Arbeit der Bäderkommission sollte

die Beteiligung der Bürger*innen, der Vereine sowie aller Interessierten am Kirchhainer Freibad sein. Diese hat unter anderem eine Bürger*innenbefragung durchgeführt, welche

die besondere Bedeutung des Freibades für die Bürger*innen Kirchhains und darüber hinaus festgestellt hat. Die nächsten Sommer können also kommen.



Förderung für Pfarrkirche in Marburg und Orgel in Stausebach

Bei all den Schwierigkeiten, die das Jahr 2020 bislang mit sich brachte, gibt es dennoch auch wunderbare Nachrichten. Der Bund gibt erneut Zuschüsse für die Denkmalpflege nach Marburg-Biedenkopf. Mit der Förderung von 450.000 € für die Lutherische Pfarrkirche in Marburg und 90.000 € für die Restaurierung der Orgel der Kirche Mariä Himmelfahrt in Kirchhain-Stausebach kann jeweils die Hälfte der benötigten Kosten mit Bundesmitteln gedeckt werden. Besonders die Instandsetzung des Daches der Pfarrkirche duldet keinen weiteren Aufschub, weswegen die Mittel jetzt gerade zur rechten Zeit fließen. Terminlich passend zu Christi Himmelfahrt konnte ich die Wallfahrtskirche Mariä Himmelfahrt in Stausebach besuchen. Dort werden nun die 90.000 € für die Restaurierung einer wunderschönen Orgel in Mitten dieser Kirche verwendet. Das Gotteshaus in seiner heutigen Gestalt stammt aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und war damals ein beliebter Wallfahrtsort, der vor allem von Pilgern besucht wurde, die auf dem Weg zum Grab der heiligen Elisabeth in Marburg waren. Auch von der großartigen Akustik konnte ich mich bei dem Besuch selbst überzeugen. Es ist wichtig, solche Kulturdenkmäler auch für die Nachwelt in ihrer Funktionalität zu erhalten. An dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle, die sich vor Ort dafür stark gemacht haben und besonders an Herrn Dr. Buchstab vom Denkmalschutz.



Islamkonferenz der SPD-Fraktion in Berlin

Im März hat bereits zum zweiten Mal die Islamkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion stattgefunden. Wir alle wissen: Das gesellschaftliche Klima hat sich insbesondere für Muslime in den letzten Jahren extrem verschlechtert. Die SPD setzt sich für eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft ein. Deshalb stehen wir Sozialdemokrat*innen an der Seite unserer muslimischen Bürger*innen und treten Islamfeindlichkeit mit aller Entschiedenheit entgegen. Denn der Islam gehört zu Deutschland – und dazu stehen wir. Aus Marburg-Biedenkopf waren daher Frau Yasemin Sögüt und Dr. Pierre Hecker in Berlin zu Besuch. Beide beschäftigen sich auch beruflich mit dem Islam: Frau Sögüt als Studentin der Islamwissenschaft und studentische Hilfskraft an der Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft in Frankfurt. Herr Dr. Hecker als Dozent der Islamwissenschaft an der Phil-

ips-Universität Marburg. Ich freue mich sehr, dass die beiden meiner Einladung gefolgt sind und bin mir sicher, dass sie sich in den Diskussionspanels mit ihrer Expertise gewinnbringend einbringen konnten. Wir sind uns einig: Muslime in Deutschland – mittendrin statt nur dabei!



Frauenempfang der SPD-Fraktion in Berlin

Auch in diesem Jahr hat die SPD-Bundestagsfraktion zum inzwischen traditionellen Empfang zum Internationalen Frauentag eingeladen. Gut 30 Jahre nach dem Fall der Mauer ging es in diesem Jahr um die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Frauen in Ost- und Westdeutschland. Unter dem Titel „Frauen in Ost und West – ist die Mauer gefallen?“ wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede diskutiert: Welche Auswirkung hatte die Selbstverständlichkeit von arbeitenden Frauen und deren wirtschaftliche Unabhängigkeit auf die Gleichstellung im Osten? Gibt es einen ostdeutschen „Gleichstellungsvorsprung“? Wo waren die Grenzen der Gleichberechtigung in Ost und West? Wie hat sich das Leben von Frauen in Ost und West nach dem Mauerfall verändert? Und wie können wir für die Zukunft das Beste aus beiden „Gleichstellungswelten“ verbinden? Ich freue mich sehr, dass meine Einladung nach Berlin von Anna-Maria Boulnois, DGB Gewerk-



schaftssekretärin und Christina Müller, Beisitzerin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Marburg-Biedenkopf, wahrnehmen konnten. Die Themen und der Bericht vom Frauenempfang wurden auch nochmal am Stammtisch der AsF Marburg-Biedenkopf besprochen und diskutiert. Vielen Dank für Euren Einsatz für mehr Gleichberechtigung!

Besuch bei der Bundeswehr in Stadtallendorf

Am 20. Mai habe ich mal wieder der „Division Schnelle Kräfte“ am Standort Stadtallendorf einen Besuch abgestattet. Nach einem persönlichen Gespräch mit dem Divisionskommandeur Generalmajor Andreas Hannemann informierten mich seine Offiziere über den aktuellen Stand der Infrastrukturmaßnahmen am Standort. Es ging auch um die geplanten Maßnahmen in der Hessen-Kaserne, die nach einem Beschluss aus dem letzten Sommer nun dauerhaft erhalten bleibt und für eine zukünftige Nutzung vorbereitet werden muss. Insgesamt werden 160 Millionen Euro am Standort investiert. Auch die Herausforderungen für die Division bezüglich der Corona-Krise standen auf der Tagesordnung. Um die Einsatzfähigkeit dauerhaft sicherzustellen, gibt es beispielsweise drei vollkommen einsatzbereite Lagезentren, so dass durch coronabedingte Ausfälle in einem der Zentren trotzdem keine Notsituationen auftreten können. Ebenso wurde der



Einsatz von Angehörigen der Bundeswehr bei der Bekämpfung der Pandemie besprochen, sei es durch die Unterstützung in Pflegeheimen oder durch das Unterstützen von Corona-Testzentren im Bundesgebiet. Wir haben vereinbart auch weiterhin im direkten Austausch miteinander zu bleiben. Es bleibt noch einiges zu tun, aber der Bundeswehr-Standort Stadtallendorf hat Zukunft und diese

gilt es nun gemeinsam zu gestalten. Dazu werde ich noch im Sommer mit einem Fachkollegen aus dem Verteidigungsbereich nach Stadtallendorf zurückkehren, um die Befürfnisse des Standortes an richtiger Stelle zu platzieren. Zum Abschluss des Besuchs erhielt ich eine Nasen-Mund-Abdeckung in Flecktarn.

Gespräche am UKGM in Marburg

Das UKGM ist wieder in aller Munde. Mitte Mai war ich zusammen mit der hessischen SPD Vorsitzenden Nancy Faeser und meinen hessischen Landtagskollegen*innen Daniela Sommer und Frank-Tilo Becher im UKGM - Universitätsklinikum Gießen und Marburg in Marburg. Im Gespräch mit der Geschäftsführung und dem Betriebsrat sowie einem Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung ging es um die aktuelle Arbeits- und Personalsituation, die Corona-Lage, deren Folgen und einen Blick in die Zukunft. Ich bleibe dabei: Der Verkauf durch das Land war, ist und bleibt ein Fehler. Nun gilt es darauf zu achten, dass die Beschäftigten nicht auf der Strecke bleiben und die umfassende Versorgung der Patient*innen weiter sichergestellt bleibt. Hier werden wir weiter Druck auf die schwarz-grüne Landesregierung machen. Der Verkauf an Asklepios darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Dafür

trägt insbesondere die derzeit amtierende schwarz-grüne Landesregierung die Verantwortung. Hieran wird sie sich auch messen lassen müssen. Wir werden den Finger weiter in die Wunde legen. Asklepios muss wissen, dass ein ganzer Landkreis hinter seinem Klinikum und den Beschäftigten steht! Meinen herzlichen Dank an alle im UKGM, die ganz besonders in dieser Zeit Großartiges leisten. Ich weiß, dass ist nicht immer

leicht unter den vorherrschenden Bedingungen. Außerdem noch ein Appell an alle, die gesundheitliche Beschwerden haben und sich wegen der Corona-Situation nicht zum Arzt trauen: Es wäre falsch die Gesundheit oder gar das Leben zu riskieren. Es gilt weiter, bei Beschwerden zum Arzt zu gehen. Das UKGM ist darauf vorbereitet, ebenso wie die anderen Ärzt*innen in Stadt und Landkreis.



Der Anschlag von Hanau



Es gibt Nachrichten, die berühren mich kurzzeitig und verschwinden dann relativ schnell wieder aus meinem Blickfeld, da etwas anderes meine Aufmerksamkeit benötigt. Aber es gibt auch Nachrichten, bei denen die Welt für einen Moment stillsteht und es für den Geist schwierig ist, die Worte zu verstehen. "In Hanau sind bei einem Anschlag elf Menschen gestorben" ist genau so eine Nachricht, die mich zutiefst schockiert hat. Durch einen rechtsradikalen,

rassistischen Terrorakt wurden neun Menschen mit Migrationsgeschichte getötet. Meine Gedanken sind bei den Angehörigen der Opfer. Ich wünsche ihnen viel Kraft, um diesen Anschlag auf ihre Familie und Freund*innen zu überstehen.

Doch Hanau ist kein Einzelfall. In Hessen nahmen im letzten Jahr rechte Straftaten um 53% zu - in keinem anderen Bundesland Deutschlands ist ein derart hoher Anstieg von rechten Straftaten zu vermelden. Daher finde

ich es zunächst einmal wichtig, anzuerkennen, dass es in Hessen ein Problem mit rechten Strukturen gibt, die sich auch in der Vergangenheit schon häufig gezeigt haben - ich möchte hier nur am Rande die NSU-Morde und die Ermordung Walter Lübckes nennen.

Ich sehe das Land Hessen in der Pflicht, verstärkt gegen rechtsextreme Strukturen vorzugehen und präventiv über verstärkte Demokratiebildung Kinder und Jugendliche davor zu bewahren, in solche Gruppen abzudriften. Aber genauso liegt es an uns, rassistische und rechte Sprüche nicht zu tolerieren oder zu ignorieren, sondern Personen, die solche Meinungen vertreten, mit ihrer Ideologie zu konfrontieren und klar zu machen, dass wir nicht so denken. Das ist eine anstrengende, Zeit und Kraft raubende Angelegenheit - ich weiß. Aber wenn wir in einer offenen und toleranten Gesellschaft leben möchten, wie es oft betont wird, dann müssen wir uns solidarisch hinter und schützend vor diejenigen stellen, die von Rechts ausgegrenzt werden.

Diskussion mit heimischen Landwirt*innen

Die Landwirtschaft ist in aller Munde und damit meine ich nicht nur die hervorragenden Erzeugnisse unserer Landwirt*innen sondern vor allem die aktuellen, sehr komplexen Debatten um deren Zukunft. Nach Traktoren-Demos in Berlin und auch vor meinem Büro in Marburg habe ich die Landwirt*innen zu einem Gespräch eingeladen. Ende Februar trafen wir uns dann in einem Restaurant in Kirchhain. Auf meine Einladung hin kam der Sprecher für Landwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Spiering zu uns in den Landkreis. Mit dabei waren auch unsere Landrätin Kirsten Fründt und der Kirchhainer Bürgermeister Olaf Hausmann. Wir diskutierten dann sehr engagiert und nicht immer einig in der Sache über die Zukunft der Landwirtschaft, den Agrarpaket, die aus meiner Sicht notwendige Veränderung der Düngeverordnung über

Fragen der Nutztierhaltung sowie allgemeine Perspektiven der Landwirtschaft in Deutschland. Gerade auch in der Corona-Zeit haben die Landwirt*innen dafür gesorgt, dass es in unserem Land zu keinen Engpässen in der Versorgung kam. Dafür können wir alle dankbar sein. Wir bleiben

im Austausch, die Gesprächsthemen werden uns ganz sicher nicht ausgehen. An dieser Stelle sind meine Gedanken nochmals bei unserem ehemaligen Vorsitzenden des Kreisbauernverbandes Erwin Koch, der leider vor Kurzem verstorben ist.



Gesetzesvorhaben, Neuregelungen und Coronamaßnahmen - Teil 1

Grundrente endlich durchgesetzt

Die Grundrente kommt. Wir finden, Lebensleistung verdient Anerkennung: Rund 1,3 Millionen Menschen, die viele Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, aber im Arbeitsleben zu niedrige Löhne hatten, haben ab Januar 2021 den Anspruch auf die Grundrente.

Vor allem Frauen und viele Ostdeutsche werden von ihr profitieren. Wichtig ist uns: Niemand muss einen Antrag stellen, niemand muss als Bittsteller*innen zum Amt. Die Grundrente ist ein sozialpolitischer Meilenstein und wurde von der SPD durchgesetzt.

Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)

Zum Jahreswechsel hat der Bundestag schon die Mehrwertsteuer für Bahnreisen im Fernverkehr reduziert. Bahnfahren ist günstiger geworden. Und die vielen Menschen, die ihren täglichen Weg zur Arbeit, zur Uni oder zur Schule zurücklegen? Was machen wir für die? Zum Beispiel ein neues Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz! Heißt nichts anderes als: Der Bund fördert nun den Bau von U-Bahn, S-Bahn und Straßenbahn in den Ländern und Kommunen deutlich stärker und vereinfacht die Förderkriterien. Wir reden von 4,6 Milliarden Euro zusätzlich (!) in den kommenden sechs Jahren. Außerdem erhöhen wir die Regionalisierungsmittel um rund 5,25 Milliarden Euro bis 2031, damit die Länder insbesondere mehr Züge fahren lassen können.

Mietpreisbremse

Wohnen muss bezahlbar sein! Deshalb verlängern wir die Mietpreisbremse. Wo der Wohnungsmarkt besonders angespannt ist, werden Mieterhöhungen bei Neu- oder Wiedervermietungen bis 2025 gedeckelt - auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete plus zehn Prozent. Zu viel gezahlte Miete soll-

en Mieter*innen künftig sogar rückwirkend für die ersten zweieinhalb Jahre des Mietverhältnisses zurückfordern können.

Aufstiegs-BAföG

Berufliche Fortbildung wird noch attraktiver: Wir reformieren das Aufstiegs-BAföG! Damit bringen wir die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung voran. Die heute beschlossene Neuregelung umfasst zum Beispiel höhere Zuschüsse zu Prüfungs- und Lehrgangskosten, geringere Gebühren für bestandene Prüfungen und die komplette Übernahme der Unterhaltskosten während einer Vollzeitmaßnahme.

Kohleausstiegsgesetz

Die Zukunft ist erneuerbar: Wir haben den #Kohleausstieg im Bundestag beschlossen. Das ist gut für das Klima und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Außerdem sorgen wir für sozialen Ausgleich und investieren massiv in betroffene Regionen.

Kurzarbeitergeld erhöht!

60 bis 67 Prozent Kurzarbeitergeld reichen bei vielen Betroffenen nicht, um über die Runden zu kommen. Deshalb erhöhen wir das Kurzarbeitergeld für diejenigen, die es für ihre um mindestens 50% reduzierte Arbeitszeit beziehen: ab dem 4. Monat auf 70% (für Haushalte mit Kindern 77%) und ab dem 7. Monat auf 80% (für Haushalte mit Kindern 87%). Außerdem verlängern wir das Arbeitslosengeld um drei Monate für diejenigen, deren Anspruch zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 2020 enden würde. Zudem dürfen ab Mai Kurzarbeitende in allen Berufen bis zur Höhe des bisherigen Monatseinkommens in anderen Jobs hinzuverdienen.

Lohnfortzahlung für Eltern verlängert

Wir haben für mehr Unterstützung für berufstätige Eltern gekämpft -

und uns durchgesetzt!

Solange Kitas und Schulen in der Corona-Krise noch nicht wieder geöffnet waren, wurde die Lohnfortzahlung für Mütter und Väter auf jeweils bis zu zehn Wochen ausgedehnt. Für Alleinerziehende, die wegen der Krise die Kinderbetreuung übernehmen mussten und nicht zur Arbeit konnten, wurde sie auf bis zu 20 Wochen verlängert.

Mehrwertsteuersenkung

Die Mehrwertsteuer sinkt bis Ende des Jahres von 19% auf 16% bzw. von 7% auf 5%. Das kurbelt die Konjunktur an und hilft vor allem Menschen mit kleinem Geldbeutel.

Wir entlasten die Kommunen

Wir stellen sicher, dass vor Ort weiter investiert werden kann und dass am Ende der Corona-Krise die Bibliothek geöffnet ist, das Freibad aufbleibt und der Bus weiterfährt, weil nicht am falschen Ende gespart werden musste. Während der Krise haben viele Geschäfte nichts oder nur sehr wenig verdient - das wirkt sich auch auf die Gewerbesteuer aus, die den Städten und Gemeinden zugute kommt. Damit die Kassen der Kommunen nicht leer sind, zahlen wir die ausfallenden Gewerbesteuereinnahmen.

Kommunen übernehmen bisher bis zur Hälfte der Kosten der Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose. Wir entlasten Städte und Gemeinden zusätzlich, indem der Bund in Zukunft dauerhaft bis zu 75 Prozent übernimmt. Das sind vier Milliarden Euro mehr pro Jahr für die Kommunen, die für andere Investitionen eingesetzt werden können! In den letzten Monaten sind wir seltener mit Bus und Bahn unterwegs gewesen, wodurch weniger Tickets verkauft wurden. Damit der ÖPNV weiterfahren kann, unterstützen wir die Länder bei der Finanzierung.

Gesetzesvorhaben, Neuregelungen und Coronamaßnahmen - Teil 2

EEG-Umlage sinkt

Ab 2021 sinkt die EEG-Umlage! Wir entlasten damit Haushalte mit wenig Geld, kleine und mittlere Betriebe. Statt den Strom teurer werden zu lassen, investieren wir 11 Milliarden Euro, damit die EEG-Umlage die nächsten zwei Jahre sinkt (2021: 6,5 Cent/kWh, 2022: 6,0 Cent/kWh). Wir verhindern so, dass der Strompreis kleine Einkommen frisst!

Wir unterstützen die Kultur

Die Kulturszene ist besonders von der Corona-Krise betroffen. Größere Veranstaltungen sind leider noch immer kaum möglich, für viele Künstler*innen und Kreative, für viele Kulturschaffende und -einrichtungen geht die Situation längst an die Substanz.

Deshalb ist im Konjunkturpaket eine Milliarde Euro speziell für diesen Bereich eingeplant. Wir sorgen dafür, dass die Kulturszene durch die Krise kommt - und danach so lebendig ist wie davor. Damit Clubs, Theater und Museen nicht nur wieder öffnen dürfen, sondern es auch noch können.

Schutzschirm für Azubis

In der Corona-Krise kann es vor allem für kleine und mittlere Betriebe verlockend sein, an der Ausbildung zu sparen. Das gilt es aber unbedingt zu vermeiden: Weil es (1) den Azubis gegenüber nicht fair wäre und (2) auch der Wirtschaft schadet. Wir brauchen gut ausgebildeten Nachwuchs - jedes Jahr. Deshalb sollen ausbildende Unternehmen künftig mit einer Ausbildungsprämie von bis zu 3000 Euro pro Lehrstelle belohnt werden.

Kinderbonus

Der Kinderbonus kommt: Wir stocken das Kindergeld einmalig um 300 Euro auf! Die Auszahlung findet automatisch in zwei Teilen statt (September und Oktober) und wird nicht auf Sozialleistungen wie Grundsicherung, Kinderzuschlag, Elterngeld oder Wohngeld angerechnet. Für Familien mit wenig Geld ist der Kinderbonus eine echte Unterstützung.

Strukturstärkungsgesetz

Mit dem Strukturstärkungsgesetz machen wir deutlich, dass der Bund die Reviere nicht allein lässt. Bis 2038 werden bis zu 40 Milliarden Euro in den Aufbau neuer Beschäftigung und neuer Wertschöpfung in die betroffenen Regionen investiert. Das ermöglicht eine umfassende Modernisierung der Infrastruktur und bedeutet einen Schub für den Ausbau technologischer Zukunftskompetenz in den Bereichen Digitalisierung, Medizin, Logistik und Mobilität. Und wir zeigen, dass wir die regionale Bedeutung des Strukturwandels verstanden haben: Wir achten darauf, dass beim Kohleausstieg und auch bei den anstehenden Veränderungen in vielen anderen Branchen die Menschen in ihrem Lebensumfeld Sicherheit haben, dass es eine Perspektive gibt, weil der Staat sie in dem Wandel unterstützt und nicht allein lässt.

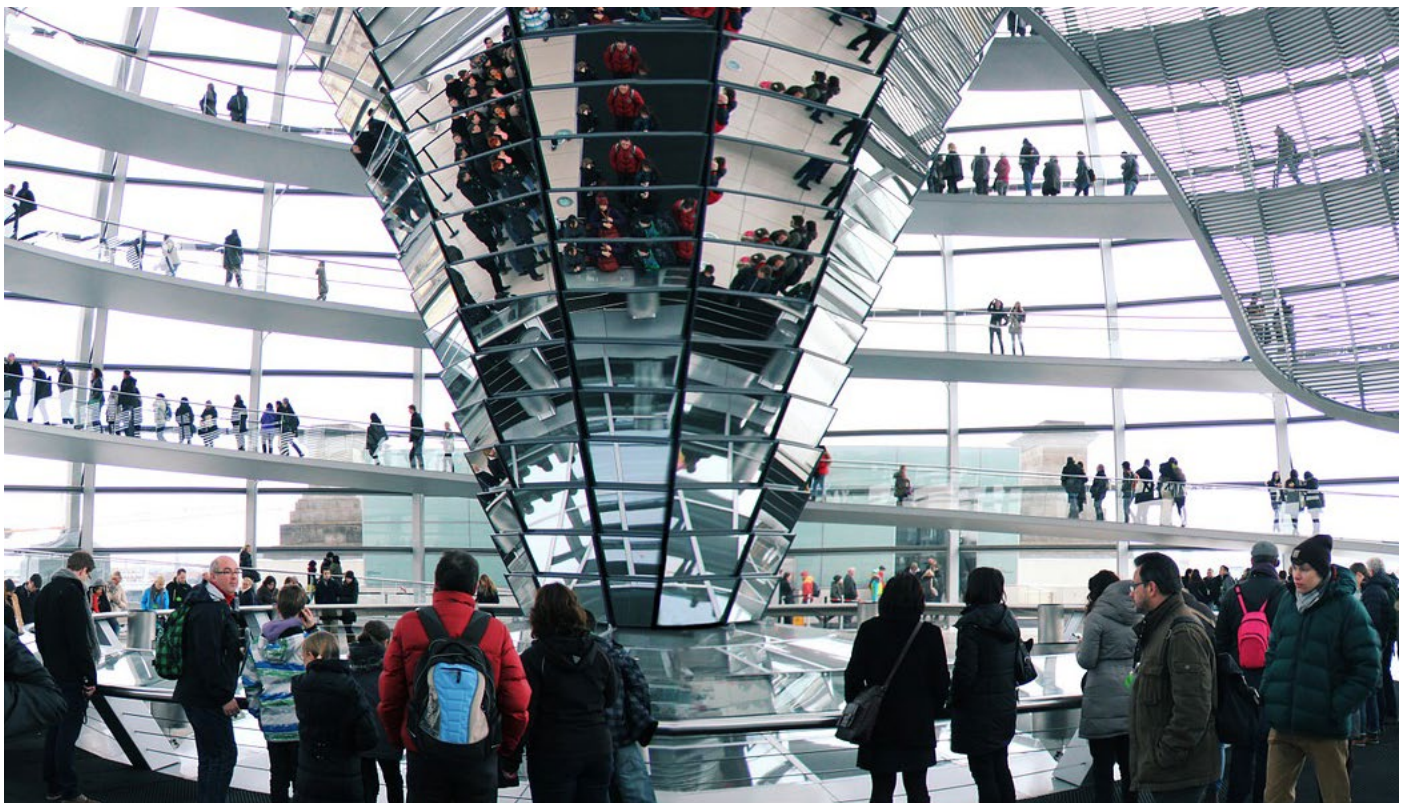


Foto: Pixabay

Bartol unterwegs



Klausur meines Teams in Berlin im Januar 2020



Sitzung des Unterbezirksvorstandes im Februar



Jubilarehrung der SPD Marburg im Januar 2020



Juso-Jahresauftaktseminar im Januar 2020



Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Sicherheitshausen



Ehrungen beim SPD-Ortsverein Wetter



Treffen mit Vertreter*innen der Solar-Branche zum PV-Deckel



Blutspenden im UKGM

Bartol unterwegs



Bartol, Bier und Bundestag im Market in Marburg



Besucher*innengruppe aus Frankreich



Unser Dorf hat Zukunft - Besuch aus Niederwalgern



Heringessen bei der SPD Bad Endbach



Heringessen bei der SPD Angelburg



Podiumsdiskussion zur Reaktivierung der Lumdatalbahn



Gespräch mit Volker Breustedt zur Lage am Arbeitsmarkt



Mit der Landrätin beim Neujahrsempfang des Kreises

Kalenderauszug

18.08.2020 - 23.08.2020
Sommertour durch den Landkreis



21.08.2020 - 19:00 Uhr
Jahreshauptversammlung der SPD Ebsdorfergrund
Bürgerzentrum Dreihausen

23.08.2020 - 14:00 Uhr
Kirchgartenfest
Alte Kirche Niederweimar

31.08.2020 - 19:00 Uhr
Nominierungsveranstaltung zur Bundestagswahl 2021
Georg-Gaßmann-Stadion Marburg

07.09.2020 - 18.09.2020
Sitzungswochen des Bundestages in Berlin

26.09.2020
Unterbezirksparteitag der SPD Marburg-Biedenkopf

21.11.2020
Programmparteitag der SPD Marburg-Biedenkopf zur Kommunalwahl 2021

Impressum:
Sören Bartol, MdB
Wahlkreisbüro
Biegenstraße 33
35037 Marburg
soeren.bartol.wk@bundestag.de